

**Änderungsanträge  
zum Entwurf für das Landtagswahlprogramm 2011 von  
Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg**

**Vorbemerkungen:**

Die nachfolgenden Änderungsanträge am Entwurf für das Landtagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg wurden am 28. November 2010 auf unserer Landesmitgliederversammlung in Heidelberg beschlossen.

Der Text des Programmentwurfs, auf den sich die Änderungsanträge beziehen, ist hier online zu finden: <http://www.gruene-bw.de/index.php?id=8775>

---

---

**LTW 0 – 171**

Einfügen in Zeile 171 nach „am Atomausstieg fest,“: „setzen uns für grundlegende Veränderungen in der Bildungspolitik ein, ...“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

---

**LTW 1 – 20:**

Die Zeilen 20 bis 23 („Darum ... zu werden:“) streichen und ersetzen durch:  
„Darum setzen wir GRÜNEN uns für eine Wirtschaftspolitik ein, die sich in gleichem Maße an Indizes mit langfristig ökologischen und sozialen Kriterien orientiert. Es geht nicht um immer mehr quantitatives Wachstum, sondern darum nachhaltig qualitativen Wert für die Gesellschaft zu schaffen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

---

**LTW 1 – 407:**

Einfügen in Zeile 407 nach „ausdehnen“: Bei Wohngebäuden müssen die VermieterInnen die Kosten tragen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

---

**LTW 1 – 497:**

Ersetzen in Zeile 497 „auf Bundes- und Europaebene ein“ durch: „Abrüstung sowie für eine nachhaltige grüne Friedenspolitik, die vor allem auf zivile und diplomatische Mittel setzt, auch auf Bundes- und Europaebene ein. Dabei wollen wir verstärkt zivilgesellschaftliche Akteure bei ihrer Arbeit für den Frieden unterstützen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 2 – 77:**

Ersetze in Zeile 77: „Altlastenflächen sind konsequent zu sanieren.“ durch: „Alle Altlastenflächen sollen bis zum Jahre 2030 saniert werden.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 2 – 281:**

Einfügen in Zeile 281 nach „Prozent“: „...“, um in Baden-Württemberg so auf lange Sicht Tierversuche vollständig abzuschaffen. Versuche, die keinen direkten medizinischen Nutzen haben, wie die Hirnforschung bei Primaten, sollen aber sofort unterbunden werden.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 2 – 621:**

Einfügen nach „Vorteil“: „... bei der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Wir setzen uns für baulich, ökologisch und wirtschaftlich weniger riskante Alternativen ein, die die Verbindung Stuttgart-Ulm beschleunigen und ausbauen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 2 – 631:**

Verschieben der Aufzählungspunkte in Zeile 633 und 634 vor den Aufzählungspunkt in Zeile 631/632

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 3 – 37:**

Einfügen in Zeile 37 nach „... fördern.“: „Deshalb wollen wir ein verpflichtendes Kita-Jahr für alle Kinder vor der Einschulung einführen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 3 – 54:**

Einfügen in Zeile 54 nach „... profitieren werden.“: „Damit dies möglich ist, setzen wir uns dafür ein, dass das Solidaritätsprinzip auch hier greift. Das bedeutet, dass die Beiträge einkommensabhängig erhoben werden sollen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 3 – 225:**

Einfügen in Zeile 225 nach „... zugewiesen.“: „Langfristig setzen wir uns für ein SchülerInnen-LehrerInnen-Verhältnis von 15:1 ein.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 3 – 233:**

Streichen des Satzes in den Zeilen 233 bis 234: „Nach der 10. Klasse können die SchülerInnen auf ein Gymnasium wechseln – SchülerInnen mit höherem Lerntempo bereits nach der 9. Klasse.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 3 – 235:**

Ersetzen Zeile 235 bis 239 („Alle Basisschulen entwickeln eine neue Lehr- und Lernkultur. Gruppen von eigenständig lernen den SchülerInnen in offenen Räumen prägen das Bild der Schulen, nicht Frontalunterricht hinter verschlossenen Klassenzimmertüren im 45-Minuten-Takt. Jedes einzelne Kind kann so in angemessenem Tempo seine Fähigkeiten und Stärken bestmöglich entwickeln, wobei die individuelle Förderung der Stärken im Mittelpunkt steht.“)

durch:

„Alle Basisschulen entwickeln eine neue Lern- und Lehrkultur. In Schulen mit offenen Räumen

und flexiblen Unterrichtszeiten erarbeiten die SchülerInnen gemeinsam mit den LehrerInnen den individuell besten Zugang zu den jeweiligen Themen. Alle SchülerInnen lernen auf die Art und Weise, die ihren natürlichen Begabungen am meisten entgegen kommt. Arbeit in Kleingruppen, Praktika, individuelles Entdecken und Erarbeiten sowie Projektarbeit werden von der Ausnahme zum Regelfall. Dabei soll keinE SchülerIn unter- oder überfordert sein. JedeR kann das Lerntempo entsprechend wählen. Durch die Vermeidung des Frontalunterrichts und die Abschaffung des starren 45-Minuten-Takts werden bessere, individuellere und langfristige Förderung für alle SchülerInnen möglich, wo das heutige System oftmals zu Lern- und Wissensverdrossenheit führt. In der Folge ergeben sich Verbesserungen der Lernsituation und des Lernerfolgs von den heutigen Gymnasial- bis zu den FörderschülerInnen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 272:**

Ersetzen des Satzes in Zeile 272 („Das achtjährige Gymnasium (G8) soll weiterhin die Regelform bleiben.“)

durch:

„Das achtjährige Gymnasium (G8) halten wir als Rationalisierungsprozess für eine politische Fehlentscheidung. Wir sehen aber, dass eine weitere Umstrukturierung in diesem Bereich nicht sinnvoll ist, da auch die Schulgemeinschaften nicht mit einem weiteren grundlegenden Systemwechsel überfordert werden dürfen. Deshalb soll G8 vorerst die Regelform bleiben.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 296:**

Streichen in Zeile 296: „und Kinder mit Migrationshintergrund“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 312:**

Einfügen in Zeile 312 nach „Ganztagsschule“: „..., deren Ausgestaltung sich an den Leistungskurven von SchülerInnen orientiert und kognitive, kreative und bewegungsintensive Fächer dementsprechend einbezieht, ...“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 324:**

Einfügen in Zeile 324 nach „abwechseln“: „..., wobei die individuelle Freizeitgestaltung möglich sein muss.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 413:**

Einfügen in Zeile 413 nach „... spielen.“: „Außerdem sollen sonderpädagogische Grundlagen integriert werden um die LehrerInnen auf die inklusiven Basisschulen vorzubereiten.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 435:**

Der Abschnitt „Werte lernen: Ethik und Religion als Wahlpflichtfächer“ in den Zeilen 435-445 soll durch folgenden Abschnitt ersetzt werden:

#### **Werte lernen: Ethik für alle!**

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Bundesland. An den baden-württembergischen Schulen lernen SchülerInnen aus vielen Nationen und Kulturen mit den unterschiedlichsten Glaubensvorstellungen und Weltanschauungen. Angesichts dieser Vielfalt muss es ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein, gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Respekt zu fördern. Wir GRÜNE treten deshalb dafür ein, einen gemeinsamen Ethikunterricht für alle SchülerInnen in Baden-Württemberg ab der ersten Klasse einzuführen. Dies wollen wir gesetzlich verankern. Zusätzlich soll es jeder Schülerin und jedem Schüler frei stehen, Unterrichtsangebote von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu nutzen.

In einem gemeinsamen Ethikunterricht werden Toleranz und Respekt für andere Kulturen, Religionen und Weltanschauungen gefördert und erfahren. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Überzeugungen und Bekenntnissen können gleichberechtigt vermittelt und von den SchülerInnen reflektiert werden. Dies stärkt sowohl die interreligiöse als auch die interkulturelle Dialogfähigkeit der SchülerInnen. Zugleich ermöglicht der gemeinsame Ethikunterricht durch seine integrative Wertevermittlung eine grundlegende Bildung zu Fragen der Ethik und der Menschenrechte. Da die Werte unserer pluralistischen Gesellschaft auf den unterschiedlichsten kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Ideen und Überzeugungen beruhen, ist es wichtig, dass sich alle SchülerInnen gemeinsam mit zentralen Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz auseinandersetzen.

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 491:**

Einfügen in Zeile 491 nach „... zu diesem Thema.“: „Zur nachhaltigen Entwicklung gehört für uns aber auch eine umfassende politische Bildung. Deshalb setzen wir uns für einen Gemeinschaftskundeunterricht ab der 6. Klasse in allen Schultypen ein. Dabei legen wir

besonderen Wert darauf, dass die Kinder schon im frühen Alter politisch mündig werden und eigenständiges Denken erlernen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 685:**

Ersetze Zeile 685 bis 687 durch: „Wir GRÜNEN treten dafür ein, allen Studierenden die Möglichkeit zu geben, nach ihrem Bachelorabschluss ein Masterstudium anzuschließen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 687:**

Einfügen in Zeile 687 nach „...anzuschließen“: „Auch heute schon werden an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu Beginn eines jeden Herbstes tausende Studierende in provisorischen Unterkünften wie Institutsgebäuden oder Turnhallen untergebracht. Diese Situation wird sich mit den steigenden Studierendenzahlen weiter verschärfen. Wir GRÜNEN werden die Studierendenwerke sowie insbesondere die Träger selbst verwalteter Wohnheime beim Ausbau ihrer Kapazitäten unterstützen. Die Studierendenwerke brauchen außerdem beim Ausbau ihrer Mensen und Betreuungsangebote, z.B. für Studierende mit Kind, die Unterstützung der Landespolitik. Die Bibliotheken, Lern- und Gruppenarbeitsräume müssen weiter ausgebaut und den Studierenden jederzeit zugänglich sein.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 714:**

Ersetze in Zeile 714: „Wir führen die Verfasste Studierendenschaft (VS) mit Satzungsautonomie wieder ein.“

durch:

„Wir führen die Verfasste Studierendenschaft (VS) mit Satzungsautonomie sowie politischem Mandat wieder ein.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 724:**

Einfügen in Zeile 724 nach „... besetzen.“: „Wir sprechen uns zudem für Frauenfördermaßnahmen bei der Vergabe von Promotionsstellen und Habilitationen aus, bis

eine Geschlechterparität in der Forschung erreicht ist, mit der eine paritätische Besetzung von Hochschulgremien einhergehen sollte.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 770:**

Ergänzung der Überschrift in Zeile 770: „Nachhaltige Hochschule – Nachhaltige Wissenschaft – Nachhaltige Lehre“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 784:**

In Zeile 784 neu einfügen: „Interdisziplinarität und Nachhaltigkeit in Wissenschaft und Forschung sind jedoch nur eine Seite, denn Forschung und Lehre sind miteinander verbunden. Deshalb wollen wir ganzheitliches Denken und den Blick über den Tellerrand auch in der Lehre fördern. Junge Menschen, als künftige Entscheidungsträger, müssen angemessen darauf vorbereitet werden, komplexen Herausforderungen verantwortungsbewusst entgegenzutreten zu können.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 843:**

Streichen des Halbsatzes in den Zeile 843-844: „... deshalb fordern wir Grünen ein gebührenfreies Erststudium bis Masterabschluss bzw. bis zum derzeit noch existierenden Staatsexamen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

### **LTW 3 – 1099:**

Ersetzen der Zeilen 1099 bis 1101 („Die Einführung einer Kulturflatrate halten wir für einen diskussionswürdigen Weg. Ob eine Flatrate in der Praxis wirklich funktioniert, hängt jedoch stark von der konkreten Ausgestaltung ab.“)

durch:

„Die Einführung einer Kulturflatrate halten wir für eine diskussionswürdige Alternative.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der

Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 87:**

Einfügen in Zeile 87 nach „... Chancen bietet.“: Wir setzen uns für anonymisierte Bewerbungen ein, um den (Wieder-)Einstieg in das Berufsleben unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft und Aussehen zu ermöglichen.

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 146:**

Ersetze Zeile 146-147 („Ziel einer Reform des Kinderschaftsrechts muss es sein, die rechtliche Position von sozialen Elternteilen zu stärken, ohne die der biologischen Elternteile zu ersetzen.“)

durch:

„Im Kindschaftsrecht wollen wir die rechtliche Position von sozialen Elternteilen stärken, ohne die der biologischen Elternteile zu ersetzen. Deshalb wollen wir mit einem Familienvertrag ein flexibles neues Rechtsinstitut einführen, um biologischen und ggf. weiteren sozialen Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, relevante kindschaftsrechtliche Fragen (z. B. elterliche Sorge, Aufenthaltsbestimmung, Umgang, Unterhalt usw.) zum Wohl des Kindes verbindlich miteinander regeln zu können.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 147:**

Einfügen in Zeile 147 nach „... ersetzen.“: „Wir wollen ein gemeinschaftliches Adoptionsrecht für alle Lebensgemeinschaften. Lesbischen Partnerinnen soll der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Maßnahmen erleichtert werden. Künstliche Befruchtung muss Lebenspartnerinnen, Unverheirateten und Alleinstehenden offenstehen und nicht – wie derzeit – durch berufsrechtliche Richtlinien behindert werden. Bei der Kostenübernahme wollen wir sie mit Eheleuten gleichstellen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 185:**

Ersetzen in Zeile 185 („Rechtsanspruch für Kinder ab einem Jahr“)

durch:

„Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr“.

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 271:**

Ersetze Zeile 271 bis 272 durch: „Auf der bundespolitischen Ebene streben wir an, dass sämtliche Altersgrenzen beim aktiven Wahlrecht aufgehoben werden. Dies soll für alle Wahlen gelten. Stattdessen wollen wir, dass sich jeder Mensch unabhängig von seinem Alter selbstständig in ein WählerInnenregister eintragen kann und mit diesem bewussten Schritt die Wahlberechtigung erhält“.

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 428:**

Streichen des Satzes in Zeile 428: „Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Suchtproblemen nimmt stetig zu.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 431:**

Ersetzen in Zeile 431 („Wir brauchen ein differenziertes Suchthilfekonzept, das auf Entkriminalisierung, Aufklärung und Prävention sowie sozialer und therapeutischer Unterstützung basiert.“)

durch:

„Wir brauchen differenzierte Konzepte zur Förderung von Drogenmündigkeit, Suchtprävention und Drogenhilfe. Diese müssen auf Entkriminalisierung, Aufklärung und Prävention sowie sozialer und therapeutischer Unterstützung basieren.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 433:**

Einfügen in Zeile 433 nach „... basiert.“: „Für uns GRÜNE ist klar: Menschen, die ein problematische Konsummuster aufweisen oder abhängig sind, haben das gleiche Recht auf freiwillige medizinische und psychologische Versorgung wie jeder Mensch mit einer anderen Krankheit auch.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 440:**

Ersetze in Zeile 440 („Ziel dabei ist es, die präventiven Effekte einer kontrollierten Cannabisabgabe zu untersuchen.“)

durch:

„Ziel dabei ist es, die suchtpreventive und schadensminimierende Effekte sowie die soziale Auswirkungen einer kontrollierten Cannabisabgabe zu untersuchen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 443:**

Ersetze in Zeile 443 („Was für den Konsum von Alkohol im Straßenverkehr gilt, soll auch für den Konsum von Cannabis und anderen Drogen gelten.“)

durch:

„Für Cannabis und anderen Drogen fordern wir analog zum Alkohol gesetzliche (Blutkonzentrations-)Grenzwerte. Der Konsum von Drogen alleine ist kein Grund für fährerscheinrechtliche Folgen.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

**LTW 4 – 447:**

Ersetze in Zeile 447 („Substitution ist ein wirksames Modell, um Opiatabhängigen Wege aus der Beschaffungskriminalität zu ermöglichen. Substitutionsangebote müssen auch im ländlichen Raum sichergestellt sein. Schwerstabhängigen soll auch in Baden-Württemberg eine wohnortnahe Diamorphinabgabe angeboten werden. Wir fordern die Landesregierung auf, sich an den entstehenden Kosten zu beteiligen.“)

durch:

„Substitution ist ein wirksames Modell, um Opiatabhängigen Wege aus der Beschaffungskriminalität zu ermöglichen. Substitutionsangebote müssen auch im ländlichen Raum und im Strafvollzug sichergestellt sein. Schwerstabhängigen soll auch in Baden-Württemberg eine wohnortnahe Diamorphinabgabe angeboten werden. Wir fordern die Landesregierung auf, sich an den entstehenden Kosten zu beteiligen. Drogenkonsumräume retten Leben, die Landesregierung muss die rechtlichen Voraussetzungen schaffen um Kommunen deren Einrichtung zu ermöglichen. Zur Prävention von Infektionskrankheiten wie HIV fordern wir Spritzenautomaten, auch und gerade im Strafvollzug.“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

#### **LTW 4 – 868:**

Nach Zeile 868 als neuen Abschnitt einfügen:

##### **Resettlement – Ja zum Flüchtlingsschutz!**

Wir GRÜNE wollen Verantwortung für die Bewältigung der weltweiten Flüchtlingsprobleme übernehmen. Weil wir die Notwendigkeit der Aufnahme schutzbedürftiger Personen anerkennen, wollen wir zum Ausbau der vorhandenen Schutzkapazitäten beitragen. Es soll deshalb ermöglicht werden, dass Flüchtlinge aus schwierigen Verhältnissen in Erstaufnahmestaaten heraus nach Deutschland geholt werden können (Resettlement), wo ihnen der Flüchtlingsstatus zuerkannt und ihre Integration ermöglicht wird. Dadurch wird ihnen und ihrer Familie ein adäquater Schutz und eine dauerhafte Lebensperspektive geboten. Seit vielen Jahren stellen Staaten wie die USA, Schweden oder die Niederlande jährliche Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Deutschland ist bislang kein Resettlementstaat, jedoch haben sich bereits viele deutsche Kommunen dazu entschlossen, ein lokales Resettlement-Programm aufzulegen. Sie zeigen damit, dass sie es mit dem Flüchtlingsschutz ernst meinen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auch das Land Baden-Württemberg ein klares Bekenntnis zur Aufnahme von Flüchtlingen und deren Familien im Rahmen eines Resettlement-Programms abgibt und sich zur jährlichen Aufnahme eines angemessenen Kontingents von Flüchtlingen verpflichtet.

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: Das sog. Resettlement („Neuaufnahme“) ist ein Instrument des individuellen Flüchtlingsschutzes und bezeichnet ein standardisiertes Verfahren, das eine systematische Aufnahme und dauerhafte Integration von Flüchtlingen aus einem Erstaufnahmestaat ermöglicht. Wir GRÜNE sollten dazu ein klares Bekenntnis im Landtagswahlprogramm abgeben und damit auch die Kampagne „Save me!“ ([www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de)) unterstützen, die von Pro Asyl, den Kirchen und vielen anderen Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen getragen wird.

---

#### **LTW 5 – 176:**

Streichen in Zeile 176: „Leitidee: Extremismus bekämpfen“

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---

#### **LTW 5 – 208:**

Streichen der Zeilen 208 - 223

AntragstellerIn: Grüne Jugend Baden-Württemberg (Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28.11.2010)

Begründung: erfolgt mündlich

---